

Antrag der CDU und FDP Fraktion für die Telefonkonferenz am 5.5.20



CDU FRIEDRICHSDORF

**Freie
Demokraten**
FDP

Herrn Ausschussvorsitzender
Michael Knapp
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Karl Günther Petry
Rathaus
61381 Friedrichsdorf

03.05.2020

Antrag: Sitzungen wieder öffentlich abhalten

Beschlussvorschlag:

Ab 11. Mai 2020 werden die Sitzungen von Ortsbeiräten, Ausschüssen und Stadtverordnetenversammlung in Friedrichsdorf wieder öffentlich stattfinden. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, in dem die derzeit gültigen Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden. In diesem Zusammenhang sind schnellstmöglich die technischen, räumlichen und hygienischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Begründung

Seit 30.03.2020 tagt der gem. § 51a HGO eingerichtete Eilausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung und entscheidet über Angelegenheiten, die aus Gründen des öffentlichen Wohls keinen Aufschub dulden. Wir sind uns sicher alle einig, dass dieser „Lockdown der Demokratie“ nur eine absolute Ausnahme sein darf. Jetzt, da Museen, Kirchen, Baumärkte unter bestimmten Voraussetzungen wieder geöffnet werden, sollte es auch in Friedrichsdorf möglich sein, zu wichtigen Bausteinen der parlamentarischen Demokratie zurückzukehren: Information und Teilhabe von parlamentarischer Opposition und Öffentlichkeit. Beide, Opposition und Öffentlichkeit, waren in den letzten Wochen weitestgehend ausgeschlossen vom Informationsfluss über das Verwaltungshandeln. Das ist besonders in einer Krisensituation wie jetzt nicht zufriedenstellend.

Die Koalition spricht in ihrer Pressemitteilung vom 30.04. vom „hervorragenden, besonnenen und transparenten Krisenmanagement“. Für die Koalition, die gem. eines früheren Presseberichts teilweise durch tägliche Telefonate mit dem Bürgermeister auf dem Laufenden gehalten wurde, mag der Aspekt Transparenz zutreffen, die Opposition kann das leider nicht nachvollziehen. (Trotzdem schließen wir uns ausdrücklich dem Lob und dem Dank für alle Krisenmanager und -helfer an.)

Auf Seiten der Opposition hat sich ein großer Fragenkatalog angestaut, der im Eilausschuss nicht besprochen werden kann.

Außerdem stehen gerade jetzt in Krisenzeiten wichtige Entscheidungen an, die einer parlamentarischen Diskussion in der breiten Öffentlichkeit bedürfen. Denn viele der jetzt zu treffenden Entscheidungen werden die Zukunft der Friedrichsdorfer Bürger beeinflussen. Diese Entscheidungen sollten in den demokratisch legitimierten Gremien getroffen werden; die Öffentlichkeit hat ein Recht auf transparente Information über Entscheidungsgründe und -prozesse.

Daher wird der Magistrat beauftragt, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die STVO real und öffentlich tagen kann. Bei unzureichender Raumgröße des Tagungsraumes sollte in Absprache mit den Fraktionen darüber gesprochen werden, ob die Stadtverordnetenversammlung personell anteilmäßig reduziert wird, wie es bereits andere Städte praktiziert haben.

Katja Gehrmann
CDU-Fraktionsvorsitzende

Evelyn Haindl-Mehlhorn
FDP-Fraktionsvorsitzende